



»KEINE GEWALT«

Dieser Ruf, der vor 25 Jahren zu einer Revolution ohne Blutvergießen führte, gerät heute mehr und mehr in Vergessenheit. Die deutsche Zurückhaltung in Kriegen wie im Irak und in Libyen wird zunehmend kritisch hinterfragt. Die Deutschen wären friedensverwöhnt und müssten mehr Verantwortung in der Welt übernehmen – so unser Bundespräsident. Wir laden zu einem Gespräch ein, in dem wir überlegen, wie wir auf die zunehmende Militarisierung der internationalen Politik reagieren können.

IMMER MEHR REDEN VON MILITÄRISCHEM ENGAGEMENT – ABER FRIEDEN IST DER ERNSTFALL

Hans-J. Misselwitz

Im Mai dieses Jahres verfassten die beiden ehemaligen Berliner Pfarrer Klaus Galley und Siegfried Menthel einen Brief an den Bundespräsidenten, den schließlich fast 70 Pfarrer landesweit unterzeichneten. Darin hieß es: »In Ihrer am 31. Januar 2014 zur Eröffnung der Münchener Sicherheitskonferenz gehaltenen Rede sprechen Sie auch von der Notwendigkeit militärischer Konfliktlösungen. Das ist verständlicherweise so interpretiert worden, dass Sie einer Verstärkung von Militäreinsätzen das Wort reden, auch wenn Sie noch anderes gesagt haben. Dem müssen wir entschieden widersprechen. Mit dieser Rede verabschieden Sie sich aus dem Konsens von 1989 und empfehlen der Bundesrepublik als Bundespräsident eine andere Politik als die damals von uns geforderte.«

Was meinten Sie mit dem »Konsens von 1989«? Als Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 in München über »die Rolle Deutschlands in der Welt« und seine »internationale Verantwortung« sprach, sprach er von »einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben«. Die Bundesrepublik müsse »bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr über Jahrzehnte von anderen gewährt wurde«. Nicht länger könnten wir uns eine »Kultur der Zurückhaltung« leisten, in der er ein »fragwürdiges Recht auf Wegsehen« zu erkennen meinte. Die Wochenzeitung »Die Zeit« nannte das am 6. Februar, eine Woche danach eine historische Stunde, es sei »... eine ziemliche Sensation, die sich da auf der Sicherheitskonferenz in München abgespielt hat«. Der Bundespräsident habe gemeinsam mit dem Außenminister und der Verteidigungsministerin »nicht weniger als einen außenpolitischen Kurswechsel eingeleitet. Alle drei sind entschlossen, Deutschland eine aktivere Rolle in der Weltpolitik zuzuweisen ... Sie haben keine Furcht mehr, wenn von Deutschland Führung verlangt wird. Eher fürchten sie den Vorwurf der Passivität und der Drückebergerei.«¹

Was soll das heißen? Bedeutet der angebliche »außenpolitische Kurswechsel«, dass etwa das Gebot, »dem Frieden der Welt zu dienen«, das die Präambel des Grundgesetzes der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland als Ziel vorgibt, nicht mehr gilt? Was heißt hier »bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr über Jahrzehnte von anderen gewährt wurde«? Schon vergessen, dass über Jahrzehnte die Politik das Land und die Menschen für den Ernstfall zwischen Ost und West bereitstellte, der, wäre er eingetreten, für die Deutschen in beiden Staaten das Ende bedeutet hätte?

Die Forderung, Deutschland solle seiner »gewachsenen internationalen Verantwortung« nachkommen, war allerdings gleich nach 1990 auf der Tagesordnung. Schon damals ging es darum, was aus der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands folge. Die grundlegende Erfahrung und einhellige Konsequenz aus den beiden großen Kriegen des 20. Jahrhunderts hieß »Nie wieder

¹ Bittner, Jochen, Nass; Matthias, Kurs auf die Welt, DIE ZEIT, 6.2.2014, S.3

Krieg!« – in Ost wie West. Dafür fehlte offenbar dem Bundespräsidenten in seiner Rede heute das Verständnis. Die Deutschen, die er bei anderer Gelegenheit als »friedensverwöhnt« bezeichnete, würden »fast neurotisch auf der Größe der deutschen Schuld beharren«, um, so behauptete er in München, »...dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken«.

Solche Töne hörte man allerdings schon bald nach 1990. Da hieß es, die Zeit des »deutschen Sonderwegs« sei vorüber, nun sei »Normalität« angesagt. Damals war gerade die besondere, historisch begründete politische Verantwortung Deutschlands in jenen Verhandlungen festgeschrieben worden, die den Weg zur deutschen Einheit öffnete. Im »Zwei-plus-Vier-Vertrag« bekräftigte das vereinte Deutschland seine Friedenspflicht: Im Artikel 2 des Vertrages heißt es: Die Regierungen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Das entsprach dem Grundgesetz und speziell dessen Artikel 24 bis 26. Deutschland schränkte aus freiem Willen seine militärische Souveränität ein, verzichtete auf ABC-Waffen und begrenzte die Personalstärke der Bundeswehr nach oben.

Obwohl Deutschland mit diesem Vertrag faktisch allen Großmachtambitionen absagte und dem eine völkerrechtliche Grundlage gab, bestimmte die Forderung, Deutschland solle seiner »gewachsenen internationalen Verantwortung« nachkommen – und zwar durch Beteiligung an militärischen Einsätzen außerhalb der Landesverteidigung – bald die Debatte. 1999 wandelte Außenminister Fischer den Ruf »Nie wieder Krieg!« in »Nie wieder Auschwitz!« um – zur Begründung der Beteiligung am NATO-Einsatz gegen Serbien. Er kam noch nicht auf die Idee, man könne sich der historischen Verantwortung entledigen. Inzwischen ist die Beteiligung Deutschlands an internationalen Militäreinsätzen die Realität.

Das Neue an der Münchener Rede des Bundespräsidenten deutete sich schon in der Rede zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2013 in seiner Frage an: »Entspricht unser Engagement der Bedeutung unseres Landes?« In München folgte nun das Bekenntnis zu einer interessengeleiteten Politik: »Deutschland ... profitiert überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung, ... die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden.« Das heißt, die nationalen Interessen Deutschlands stärker ins Zentrum der eigenen Strategie zu rücken, und – der Kontext der Münchener Rede lässt das zu – der Bedeutung unseres Landes entsprechend auch durch militärische Fähigkeiten.

Im anfangs zitierten Brief der Pfarrer an den Bundespräsidenten heißt es: »Mit dieser Rede verabschieden Sie sich aus dem Konsens von 1989 und empfehlen der Bundesrepublik als Bundespräsident eine andere Politik als die damals von uns geforderte. Wie wenig militärische Mittel geeignet sind, bestehende Konflikte zu lösen, zeigt gerade der Einsatz von Soldaten in Afghanistan ...« Der »Konsens von 1989« war die »vorrangige Option für Gewaltlosigkeit«, für die sich die christlichen Kirchen in der DDR im Abschlussdokument der Ökumenischen Versammlung 1989 ausgesprochen haben: »Umkehr zum Frieden muss deshalb für uns heute die Mitwirkung an der Überwindung der Institution des Krieges einschließen. Im Verzicht auf militärische Gewalt als Mittel der Politik sehen wir einen notwendigen Schritt zur Schaffung einer europäischen und weltweiten Friedensordnung.«

Die gegenwärtige Situation im Osten Europas, im Nahen und Mittleren Osten, zeigt in ungeschminkter und brutaler Klarheit, was das Setzen auf die militärische Karte bedeutet. Die Antwort darauf kann nicht »Immer mehr davon!« sein. Wir müssen wieder mehr über Friedenspolitik reden, denn »Frieden ist der Ernstfall«, wie einmal ein anderer Bundespräsident formulierte.